

## Gemeinsame Windkraft-Strategie

Schopfheim und sieben Kommunen suchen nach einer gemeinsamen Lösung für die gezielte Nutzung von Windkraft.



Schopfheim und sieben Nachbarkommunen sind sich einig, Standorte für die Nutzung von Windkraft nicht dem Zufall zu überlassen, sondern aktiv bei der Ausweisung von Standorten einzugreifen. Das zeigte ein erstes Sondierungsgespräch.

Foto: Erich Meyer

SCHOPFHEIM (BZ). Das Thema Windkraft war gestern Gegenstand eines Sondierungsgesprächs im Schopfheimer Rathaus, das sehr konstruktiv verlaufen sei, wie es in einer Pressemitteilung heißt. An dem Gespräch haben die Bürgermeister oder Vertreter der Städte und Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Schopfheim-Maulburg-Hausen-Hasel sowie Zell, Hög-Ehrsberg, Todtmoos und Kleines Wiesental teilgenommen.

Für Schopfheim nahmen Bürgermeister Christof Nitz und Beigeordneter Ruthard Hirschner teil, der eine Einführung in den Sachstand zum Thema Windkraft gab (wir berichteten). Es wurden die Sach- und Rechtsfragen der planerischen Steuerung von Windkraftanlagen in der Region diskutiert. Es wurde von den teilnehmenden Städten und Gemeinden über den derzeitigen Sachstand zur Windkraft in den einzelnen Kommunen informiert. Außerdem wurden die im Windatlas des Landes Baden-Württemberg ausgewiesenen

Gebiete, die für Windkraftanlagen in Betracht kommen, angesprochen und grundsätzliche Fragen diskutiert; besonders im Hinblick auf die Möglichkeiten des Planungsrechts und den dabei zu berücksichtigenden Belangen zur Steuerung solcher Anlagen, die im Einzelfall gutachtlich belegt werden müssen. Es bestand Einigkeit darin, dass der Zeitplan für die planerische Steuerung der Standorte von Windkraftanlagen bis zum September diesen Jahres, der geplanten Änderung des Landesplanungsgesetzes, viel zu eng sei. Daher wurde auch die Schopfheimer Initiative begrüßt für das gemeinsame frühe Gespräch in der Angelegenheit und gefordert, das enge Zeitkorsett gegenüber dem Land zu rügen.

Man war sich einig, dass für die Region eine gemeinsame Lösung gesucht werden solle, um eine "Verspargelung" der Schwarzwaldlandschaft zu verhindern, denn bekanntlich seien Eingriffe in das Landschaftsbild nicht ausgleichbar. Bevor weiter über konkrete Standorte für eine gemeinsame Lösung gesprochen wird, soll zunächst das von Landrat Schneider terminierte Gespräch am 3. Februar abgewartet werden, bei dem sich auch der Regionalverband zum Thema äußern soll.

Einig war man sich jedoch, dass die Steuerung der Windkraftanlagen auf kommunaler Seite in der Region erfolgen müsse, um Planungssicherheit zu erlangen. Mit der Stadt Wehr soll daher auch noch Kontakt aufgenommen werden. Konsens war auch, dass es für eine Vergabe von Aufträgen für Planungen oder Gutachten zur Zeit noch zu früh sei. Nach dem Termin im Landratsamt wird weiterer Gesprächsbedarf bestehen und es wird dann ein weiteres Gespräch folgen.